

OFFENE LINKE ANSBACH

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat Würzburger Landstr. 18 91522 Ansbach
info@offene-linke-ansbach.de www.offene-linke-ansbach.de

Ansbach, 25.06.2010

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Ansbach
Frau Carda Seidel
Joh.-Seb.-Bach-Platz 1
91522 Ansbach

Änderungsanträge StR-Sitzung 29.06.10, TOP 10

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seidel,

es wird beantragt, im Rahmen der Stellungnahme der Stadt Ansbach zum Planfeststellungsverfahren „Urlas-Knoten“ als Bedingung für die Zustimmung der Stadt Ansbach aufzunehmen:

1.) *„Die Stadt Ansbach und Gesellschaften, an denen die Stadt Ansbach die Mehrheit der Unternehmensanteile hält, tragen keine Kosten im Zusammenhang mit im Zuge der Maßnahme durchzuführender Bauten.“*

Begründung:

Der Stadt Ansbach wurde seit Bekanntwerden der US-Ausbaupläne am Urlas mehrfach zugesagt, sie habe diesbzgl. keine direkten oder indirekten Kosten für Baumaßnahmen jedweder Art zu tragen. Die Stadt Ansbach kann es auch nicht hinnehmen, dass die Stadtwerke mehrere Hunderttausend Euro zahlen müssen, die letztendlich zu Lasten der Ansbacher Strom- und Gaskunden oder der Aquella- und Stadtbus-Benutzer gehen.

2.) Der in der überarbeiteten Sitzungsvorlage (letzte Seite) für den Stadtrat enthaltene Satz *„Dies gilt, sofern nicht bis 1. August 2011 mit dem Bau von Erschließungsstraße und Knotenpunkt begonnen und diese bis 31. Juli 2013 abgeschlossen wurden. Die ggf. erforderliche temporäre Lichtsignalanlage soll demnach auch auf diesen Zeitraum limitiert werden“* wird in der Stellungnahme gestrichen.

Begründung:

Mit dieser Aussage würde die Stadt Ansbach einer Ampel auf der vierspurigen B14 de facto für den Zeitraum von zwei Jahren zustimmen. Der daraus resultierender Dauerstau und das Verkehrschaos muss vielmehr abgewendet anstatt in Kauf genommen werden.

3.) *"Die Stadt Ansbach regt angesichts der Finanzlage der öffentlichen Hand an, das Entsendeland der zukünftigen Bewohner der Militärsiedlung am Urlaub als Mitverursacher und Nutznießer der Maßnahme angemessen an den Kosten zu beteiligen."*

Begründung:

In Zeiten knapper Kassen ist es den Bürgerinnen und Bürgern kaum zu vermitteln, warum schätzungsweise sechs bis sieben Millionen Euro Steuergelder für diese überdimensionierte und für die Ansbacher Verkehrsteilnehmer überflüssige Maßnahme verschwendet werden sollen, wenn gleichzeitig bei wichtigen Aufgaben öffentliche Haushalte sparen und streichen müssen. Bisher sind keinerlei Mittel des Bundes eingeplant.

Mit freundlichen Grüßen

Boris-André Meyer
Stadtrat
Offene Linke Ansbach e.V.